

## 61-7-I-06

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafez u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

### **Position vom FZS zur Europäischen Union und europäischen Hochschulnetzwerken**

1 Die Idee eines geeinten Europas ist die Lehre aus Jahrhunderten der Kriege,  
2 Ausbeutung und Unterdrückung. Der daraus entstandene Geist sollte den Be-  
3 ginn eines friedlichen, gerechten und freien Kontinents darstellen. Diese Vision  
4 möchte der FZS endlich verwirklicht sehen. Wir streiten für ein Europa des  
5 21. Jahrhunderts!

6 Spätestens seit der Finanzkrise ist klar, dass ein soziales und geeintes Europa  
7 bisher nicht geschaffen werden konnte. Die Chance auf Regulierung der euro-  
8 päischen Wirtschaftsordnung zugunsten der Demokratie und Menschlichkeit  
9 wurde verpasst, seitdem wurden Grenzregime verschärft und neue innereuro-  
10 päische Konflikte geschaffen.

11 Die unsolidarische Sparpolitik in der Eurokrise hat soziale Ungleichheiten ver-  
12 stärkt. Soziale Sicherungssysteme können in Ländern wie Griechenland keinen  
13 angemessenen Lebensstandard mehr ermöglichen, die (Jugend-)arbeitslosigkeit  
14 ist auf einem Rekordhoch angelangt und es fehlen Investitionen in die öf-  
15 fentliche Infrastruktur. Die EU muss zeigen, dass sie eine Solidargemeinschaft  
16 ist und mit gemeinsamen Investitionen Arbeitslosigkeit senken, Bildungschan-  
17 cen erhöhen und der sozialen Sicherungssysteme eine ausreichende Finanzie-  
18 rung ermöglichen. Unterschiedliche Regionen in der EU müssen einen ähnli-  
19 chen Lebensstandard und Bildungs- sowie Arbeitsmarktperspektiven bieten.  
20 Transferleistungen könnten langfristig im Rahmen einer gemeinsamen Fiskal-,  
21 Wirtschafts- und Sozialpolitik realisiert werden. Auf der internationalen Ebene

22 könnte sie damit veranschaulichen, wie der neoliberalen Globalisierung staatli-  
23 che Regulierung und Demokratie folgen kann. Jedoch gibt es auch noch inner-  
24 halb des politischen Systems der EU vielfältige demokratische Defizite. Doch  
25 ein Europa der Zukunft muss ein Europa der Demokratie sein.

26 Die Europäische Kommission und der Rat sind für uns keine ausreichend demo-  
27 kratisch legitimierte Gremien. Für uns sind politische Interessen keine Interes-  
28 sen von Nationen, sondern von Menschen. Das Europäische Parlament (EP) als  
29 das demokratisch legitimierte Gremium: Nach wie vor fehlt dem Europäischen  
30 Parlament das Initiativrecht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und die  
31 Zusammensetzung der Kommission hängt immer noch nicht wirklich vom Aus-  
32 gang der EU-Wahlen ab. Es braucht eine gänzlich dem Parlament verantwort-  
33 liche Kommission, denn die Legitimation und Accountability der Kommission  
34 muss verstärkt werden, auch um deren Arbeit und Funktion transparenter  
35 und verständlicher zu machen. Im Zuge der Eurokrise wurde der Handlungs-  
36 spielraum der Eurogruppe auf Kosten der nationalen Parlamente erweitert, das  
37 Europäische Parlament braucht als Ausgleich dafür in Zukunft hierbei stärkere  
38 Mitspracherechte.

39 Die Wahrung der Menschenrechte muss auch für die Grenz- und Migrationspo-  
40 litik der EU gelten. Anstatt, dass seit Jahren zehntausende Menschen vor den  
41 Grenzen der EU im Mittelmeer ertrinken, auf dem Weg dorthin verdursten oder  
42 versklavt werden, müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden. Gleichzeitig  
43 dürfen nicht die Flüchtlinge durch Kooperationen mit autokratischen Herr-  
44 schern brutal bekämpft werden, was nebenbei auch undemokratische Struktu-  
45 ren stärkt und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung hemmt und damit  
46 zur prekären Lage der Flüchtlinge beiträgt, sondern Fluchtursachen wie ethni-  
47 sche und politische Konflikte oder extreme Armut. Die momentane Handels-  
48 und Agrarpolitik und die Rüstungsexporte widersprechen der behaupteten Rol-  
49 le der EU als Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in der  
50 Welt.

51 Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien werden immer stärker und  
52 sind Teil von Parlamenten und Regierungen. Sie stellen nicht nur die multila-  
53 terale Zusammenarbeit innerhalb der EU-Institutionen infrage, sondern auch  
54 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Rassismus, Antise-  
55 mitismus, Antiziganismus und Antifeminismus haben Hochkonjunktur. Die EU  
56 darf diesen Prozessen nicht tatenlos zuschauen. Dabei reicht es nicht nur mit  
57 Strafen zu drohen, sondern es bedarf einer grundlegenden Vertiefung und De-  
58 mokratisierung der Europäischen Institutionen und ihrer Politiken, um die  
59 Vorteile einer geeinten und starken EU konkret zu zeigen und transparenter

60 zu machen. Dabei geht es nicht um die Entstehung eines zentralisierten, eu-  
61 ropäischen Super-Staates, sondern um die Verlagerung von Kompetenzen in  
62 denjenigen Politikfeldern, in denen eine supranationale Zusammenarbeit von  
63 Vorteil ist. Für einen echten Politikwechsel braucht es aber eine europäische  
64 Solidargemeinschaft, in der auf europäischer Ebene über Politikentscheidungen  
65 und nach den besten Kompromissen gestritten wird und nicht innerhalb von  
66 Mitgliedstaaten auf Kosten anderer Länder oder der EU. Fortschrittliche Kräf-  
67 te kämpfen dafür bereits in der EU und sind wesentlich für vergangene Erfolge  
68 im Umweltschutz und Durchsetzungen der Menschenrechte verantwortlich.

69 In dieser umkämpften Situation findet auch Macrons Vorstoß für supranatio-  
70 nale Universitäten statt. Durch die künstliche Verknappung der Grundfinan-  
71 zierung herrscht eine permanente Konkurrenz zwischen marktförmigen, also  
72 unternehmerischen Universitäten. Durch die wettbewerbsförmige Vergabe von  
73 Geldern staatlichen oder privaten Drittmitteln wird so eine vertikale Diffe-  
74 renzierung von Hochschulen bis dato vor allem innerstaatlich durchgesetzt.  
75 Die Konsequenz sind einerseits wenige besser finanzierte Exzellenzuniversitä-  
76 ten (oder sogar nur bestimmte Fachbereiche) und viele weiterhin massiv un-  
77 terfinanzierte. Vor allem aber findet in allen Hochschulen eine Ausrichtung an  
78 die Erwartungen der Drittmittel-Geber\*innen und damit eine Mainstreami-  
79 sierung statt, die der Wissenschaft ihren kritischen Stachel, und damit ihre  
80 bedeutendste gesellschaftliche Funktion zieht.

81 Auf der Europa-Ebene besteht eine weitere Ebene der Differenzierung über  
82 die sehr unterschiedlichen Finanzierungssituationen staatlicher Universitäten  
83 und damit auch über die Zugangsmöglichkeiten. So ist eine soziale Öffnung  
84 in Deutschland teilweise erkämpft wurden und bis heute umkämpft, in an-  
85 deren Staaten bleiben Hochschulen weiterhin einigen, wenigen Menschen vor-  
86 behalten. Die europäische Austeritätspolitik verschlechtert die Finanzierungs-  
87 situation in allen Mitgliedsstaaten weiter. In dieser Situation wollen die Vor-  
88 antreibenden des Netzwerks Europäischer Universitäten eine Wahrnehmung  
89 eines fortschrittlichen Charakters verbreiten. De facto sind die Vorschläge  
90 für europäische Universitäten eine weitere Verschärfung der jetzigen Situa-  
91 tion, die die Leuchtturm-Unis der einzelnen Mitgliedsstaaten in Konkurrenz  
92 untereinander und gegen die anderen Universitäten führen soll. So können  
93 einzelne Europa-Universitäten in einer systematisch unterfinanzierten und  
94 Drittmittel-abhängigen Hochschullandschaft nicht Orte demokratischer Parti-  
95 zipation, emanzipatorischer Bildung und kritischer Forschung sein. Erst die be-  
96 darfsgerechte Grundfinanzierung aller europäischen Universitäten kann diesen  
97 neuen Typus von Universitäten hervorbringen, die in wirklich freier Koopera-  
98 tion die solidarische Forschung an gemeinsamen Problemstellungen gestalten.

99 Diese Möglichkeit bietet ein enormes Potential an produktiver Wissenschaft,  
100 für das es an allen Universitäten zu streiten lohnt – nicht zuletzt indem lokale  
101 Bündnisse gegen die deutsche und europäische Steuer- und Austeritätspolitik  
102 gegründet werden. Weiterhin gilt es hierfür die Ungleichheit an der Univer-  
103 sität und weltweit durch eine internationalistische Ausrichtung zurückzudrän-  
104 gen: Einerseits indem wir an unseren Universitäten die Selbstorganisation von  
105 Ausländer\*innen unterstützen, und den Kampf gegen die gegen sie gerichteten  
106 Repressionen als spezifischen Teil unseres allgemeinen Kampfes für eine soziale  
107 Universität, für eine allgemeine Studierendenvergütung, für ein gebührenfreies  
108 Studium und für ein inklusives Studium verstehen.

109 Mit diesem Programm streben wir als FZS, ausgehend von den Hochschulen  
110 Europas an, den europäischen Geist für ein wirklich friedliches, gerechtes und  
111 freies Europa zu verwirklichen.

## **Begründung**

Die EU-Parlamentswahlen stehen kurz bevor – wir wollen Alternativen zum  
aktuellen EU-Konzept aufzeigen und hin zu einem europaweiten, solidarischen  
Zusammenschluss wirken. Weiteres erfolgt mündlich!

## **AntragstellerInnen**

Nadia Abd El Hafez (Campusgrün-BuVo)